

Drei Briefe ohne Echo

In Bayern tobt der Landtagswahlkampf. Die CSU steht vor dem Verlust der absoluten Mehrheit, alle Altparteien müssen überdies damit rechnen, eine beachtliche Zahl von Stimmen an die AfD abgeben zu müssen. Da ist fast jedes Mittel recht, um der letzteren zu schaden. Daß Wahlveranstaltungen der AfD verhindert und ihre Wahlplakate abgerissen werden, gehört mittlerweile zu den Selbstverständlichkeiten, über die man kein Wort mehr verliert. Politik, Medien und Honoratioren aller möglichen Couleur haben sich außerdem verschworen, über die einzige wirkliche Oppositionspartei seit langem Kübel von Schmutz auszuleeren. Protestbriefe von seiten kritischer Bürger bleiben ohne Reaktion bzw. werden auf stillem Wege entsorgt, damit niemand auf den Gedanken kommt, man könne über diese Dinge auch anders urteilen, als es die Medien tun.

Anlässlich der Vorgänge in Chemnitz haben wahrscheinlich viele Bürger ihren Protest gegen die abwegige Darstellung und Kommentierung der Medien zum Ausdruck gebracht, auch in Bayern. An die Öffentlichkeit gelangt ist davon nur wenig. Als Beispiel für viele mögen daher drei Briefe stehen, die der pensionierte Passauer Juraprofessor Johann Braun in diesem Zusammenhang verfaßt hat.

1. Brief

An den
Bischof von Passau
Herrn Prof. Dr. Stefan Oster

14. August 2018

Exzellenz, sehr geehrter Herr Oster,

Sie haben der Passauer Neuen Presse ein am 11. August dieses Jahres veröffentlichtes Interview gegeben, in dem Sie sich auf entsprechende Fragen hin auch über die Partei "Alternative für Deutschland" geäußert haben. Die betreffenden Passagen – und nur diese – wurden zusätzlich noch einmal auf der Titelseite der Passauer Neuen Presse wiedergegeben. Gleich im ersten Satz konnte man hier lesen, Sie hätten "sich vom öffentlichen Auftreten der AfD distanziert". Da ich diese Partei nicht nur gewählt und auch sonst unterstützt habe, sondern dies auch weiterhin zu tun gedenke, hat es mich besonders interessiert, warum der Passauer Bischof sich in einem vielgelesenen Blatt von ihr publikumswirksam distanziert.

In dem Interview haben Sie auf die Frage, ob die AfD für Sie als Bischof ein Gesprächspartner sei, geäußert, Sie hätten ehrlich gedacht, "das" würde sich normalisieren, aber Sie hätten sich "getäuscht". Sie hätten "den Eindruck, daß der Ton sich verschärft, die Radikalisierung sich verschärft. Das trägt zu dieser Polarisierung, zu dem gegenwärtigen Populismus bei und nicht zur Differenzierung." Deswegen fänden Sie es "richtig schwierig, dort einen angemessenen Gesprächspartner zu haben".

In der Sache machen Sie damit die AfD für die Verschärfung des politischen Klimas in unserem Land verantwortlich. Das ist, mit Verlaub, eine Verdrehung der Tatsachen. Das politische Klima in

Deutschland hat sich kontinuierlich verschärft, seitdem die 68er Generation den "Marsch durch die Institutionen" angetreten hat, um die Gesellschaft in ihrem Sinn zu verändern. Bekanntlich hat bereits Helmut Kohl in den 80er Jahren vergeblich versucht, insoweit eine "geistig-moralische Wende" einzuleiten. Mittlerweile sind wir dahin gelangt, daß jede konservative Regung in weiten Kreisen als angeblich "faschistisch" oder "nazistisch" in den Schmutz gezogen wird. Eine politische "Rechte" – die es in einer funktionierenden Demokratie neben der "Linken" an sich ebenfalls geben müßte – existiert nicht mehr. Stattdessen kann man unentwegt hören, "rechts" sei keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Und als Verbrecher werden alle, die man einer "rechten", d.h. konservativen Gesinnung beschuldigt, vielfach auch traktiert. Das betrifft vor allem die AfD als die einzige Partei, die derzeit noch die Bezeichnung "konservativ" verdient. In den Medien wird seit Jahren aus allen Rohren auf diese Partei geschossen, kein Mittel ist zu schäbig, um sie herabzuwürdigen und ihr Hindernisse in den Weg zu legen. Ihre Vertreter und Anhänger werden öffentlich geschmäht, bei Arbeitgebern und Vertragspartnern denunziert, ihre Häuser verschandelt, ihre Autos abgefackelt, sie selbst zum Teil sogar körperlich angegriffen. Im gesellschaftlichen Verkehr findet man fast kaum jemand mehr, der es wagt, die von der AfD aufgegriffenen Themen anzusprechen, weil man fürchtet, aus der besseren Gesellschaft ausgestoßen und geschnitten zu werden. Und Sie machen der AfD Verschärfung des Tons und Radikalisierung zum Vorwurf! Ich bitte um Nachsicht: aber in welcher Welt leben Sie eigentlich?

Auf die Frage, wie Sie damit umgehen, daß unter den AfD-Wählern auch Katholiken seien, haben Sie geantwortet: "Ich gehe nicht davon aus, daß alle AfD-Wähler gleich in die Nazi-Ecke gehören. Darunter sind vielleicht auch nur frustrierte Protestwähler." Desweiteren und offenbar immer noch im Blick auf die AfD haben Sie geäußert, "generelle Fremdenfeindlichkeit oder überhöhter Nationalismus" seien mit dem katholischen Glauben "nicht vereinbar". Wollen Sie allen Ernstes sagen, daß vielleicht nicht alle, aber doch die meisten AfD-Wähler verkappte "Nazis" seien? Wollen Sie suggerieren, daß die AfD, nur weil sie sich gegen die Desintegration unseres Landes durch kulturfremde Migration zur Wehr setzt, "generell fremdenfeindlich" sei? Und halten Sie tatsächlich, wie Sie in dem Interview andeuten, die "Grünen" für die geeigneteren Gesprächspartner, obgleich deren negativer Nationalismus allgemein bekannt ist und in immer neuen Haßtiraden Ausdruck findet? (Beispiele dafür kann ich mir ersparen; sie sind allgemein bekannt.)

Ich bin mir bewußt, daß es sehr schwierig ist, auf Fragen zu antworten, die in der Absicht gestellt werden, den Befragten aufs Eis zu führen. Von daher würde ich nicht jedes Wort auf die Goldwaage legen. Ich vermute jedoch, daß die Themen des Interviews im voraus umrissen wurden, so daß Sie nicht ganz unvorbereitet waren; und ich bin außerdem davon überzeugt, daß Ihnen der Text des Interviews

vor der Veröffentlichung zur Durchsicht und Genehmigung vorgelegt wurde. Im Hinblick darauf empfinde ich Ihre Äußerungen – sit venia verbo – als skandalös.

Sie haben die Absicht geäußert, sich nicht instrumentalisieren zu lassen. Das ist ein löblicher Vorsatz. Man kann jedoch nicht nur von politischen Parteien, sondern auch von Medien instrumentalisiert werden, die ihre Aufgabe nicht in neutraler Information, sondern darin erblicken, auf versteckte Weise selbst Politik zu machen. Nach meinem Eindruck sind Sie dieser Gefahr leider erlegen. Im Grunde haben meine Zeilen nur den Zweck, Sie darauf aufmerksam zu machen.

Für künftige Interviews zu ähnlichen Fragen wünsche ich Ihnen aufrichtig eine glücklichere Hand.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Johann Braun

P.S.: Da es sich um eine Angelegenheit von öffentlichem Interesse handelt, mache ich diesen Brief auch der Redaktion der Passauer Neuen Presse zugänglich.

(Auf diesen Brief erfolgte lediglich eine Eingangsbestätigung.)

2. Brief

An die
Redaktion der Passauer Neuen Presse

14. 8. 2018

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie haben am 11. August ein Interview mit dem Passauer Bischof Stefan Oster veröffentlicht. Die Lektüre einiger Passagen daraus, die auch Ihnen so wichtig waren, daß Sie diese auf der Titelseite wiederholt haben, hat mich veranlaßt, unserem Bischof einen Brief zu schreiben.

Informationshalber lege ich Ihnen eine Kopie davon bei. Ich stelle Ihnen frei, diesen Brief als Leserbrief zu veröffentlichen, allerdings nur ungekürzt.

Mit freundlichen Grüßen

Johann Braun

(Eine Reaktion erfolgte hierauf nicht.)

3. Brief

Redaktion der
Passauer Neuen Presse

3. 9.2018

Leserbrief

Wie Lügen- und Lückenpresse funktioniert

In der Passauer Neuen Presse vom 3. 9. 2018 schreibt Ernst Fuchs in seiner Kolumne auf S. 1: "Die Tage der Schande von Chemnitz – sie müssen ein Weckruf sein." Zwar müsse der Tod des 35-Jährigen lückenlos aufgeklärt werden. "Eine Bluttat, welche auch immer, rechtfertigt allerdings nicht im geringsten, daß ein Mob Menschen anderer Hautfarbe durch die Straßen jagt ..." Ähnlich heißt es bei Andreas Herholz auf S. 2, nach der "Messerattacke" vom 26. August habe es in Chemnitz "schwere Ausschreitungen gegeben, Rechtsextremisten hatten Jagd auf Ausländer gemacht." Vergleichbares war in vielen Medien zu lesen oder zu hören. Auch die Kanzlerin und Regierungssprecher Seibert haben sich in diesem Sinn geäußert.

Von dem Sprecher der Generalstaatsanwaltschaft Sachsen war dagegen folgendes Statement zu vernehmen: "Nach allem uns vorliegenden Material hat es in Chemnitz keine Hetzjagd gegeben."

Angesichts dieser Diskrepanz habe ich im Internet nach schriftlichen oder bildlichen Darstellungen gesucht, die eine Hetzjagd auf Menschen faktisch belegen. Gefunden habe ich eine Reihe von Äußerungen Chemnitzer Bürger, die vor Ort gewesen waren und sich über die Darstellung der Medien regelrecht empört zeigten. In der Tat: Wenn es wirklich Hetzjagden gegeben hätte, wären sie mit großer Wahrscheinlichkeit bildlich festgehalten und die entsprechenden Bilder in Presse und Fernsehen massenhaft verbreitet worden.

Alles, was bisher vorgelegt wurde, ist jedoch ein verwaschenes Video von wenigen Sekunden, auf dem man mit Mühe sehen kann, wie ein Mann (wo und wann auch immer aufgenommen) einige Schritte hinter einem "Südländer" herrennt und dann wieder stehenbleibt. Das Ganze ist augenscheinlich eine Bearbeitung einer geringfügig längeren und deutlicheren Version, die unter der Überschrift "Menschenjagd in Chemnitz. Nazi-Hools sind heute zu allem fähig" von "Antifa Zeckenbiss" auf Twitter eingestellt wurde. Auf dieser Version sieht man noch klarer, daß jedenfalls in diesem Fall von einer Hetzjagd nicht die Rede sein kann. Das dürfte auch der Grund sein, warum das Filmchen vor seiner Verbreitung entsprechend "bearbeitet" wurde.

Aber einer schreibt hier vom anderen ab. Keiner prüft nach, was er zum Druck gibt. Und keiner macht sich klar, was er mit seinen Worten anrichtet. So funktioniert "Lügenpresse". Guter Journalismus sieht anders aus.

Bleibt nur nachzutragen, daß der am 1. 9. 2018 von Tausenden von Teilnehmern veranstaltete Schweigemarsch in Chemnitz durch eine rechtswidrige Sitzblockade linker "Gegendemonstranten" gestoppt wurde. Die Polizei räumte weder den Weg frei, wie es ihre Aufgabe gewesen wäre, noch ermöglichte sie einen Umweg. Der Schweigemarsch wurde vielmehr vorzeitig abgebrochen. Abschließende Frage: Habe ich einen Hinweis auf diesen Grund der "vorzeitigen Beendigung" des Schweigemarsches in dem Beitrag von Anna Ringle und Martin Kloth auf S. 3 der genannten PNP-Ausgabe überlesen oder handelt es sich um eine bedauerliche Lücke dieses Artikels, wie sie immer einmal vorkommen kann?

Johann Braun

(Der Leserbrief wurde nicht veröffentlicht.)